

Ludwigsburg: Juwelier für die IS-Anhängerin

☒ „Sie wollten schon immer nach Syrien oder in den Irak und unter dem Siegel Mohammeds kämpfen? Es fehlt ihnen noch der passende Schmuck oder es ist ihnen doch zu gefährlich für Allah zu töten und sie wollen trotzdem ihre Solidarität mit den Kämpfern Allahs zeigen? Kein Problem, bei uns bekommen sie alles was auch im Islamischen Staat jeder Muslim gerne trägt.“ So oder so ähnlich könnte eine Werbung von dem Ludwigsburger Juwelier Altintac in Baden-Württemberg lauten. So zumindest der Eindruck nach einem Blick auf die Auslagen des Geschäfts.

Wer den Kriegsherren, Massenmörder, Polygamisten und Kinderschänder, den „Propheten“ Mohammed um seinen Hals tragen möchte, wird hier fündig.

☒

Ebenso, wer Angst vor bösen Blicken hat und glaubt sie durch irgendwelche Schmuckstücke abwehren zu können. Man beachte, das in islamischen Kreisen gerne dafür verwandte „Auge“.

☒

Auch wer den Namen Allahs auf der Brust tragen möchte (unter der Krone) oder für den Beweis seiner tiefen Religiosität ein arabisches Schriftzeichen blinken lassen will, kommt hier auf seine Kosten.

☒

☒

Wer meint, „Allah gehört alles, was im Himmel und auf der Erde ist“, hängt sich Sure 2, V.255 um den Hals. Ob es „unter der Ladentheke“ auch noch andere Verse käuflich zu erwerben gibt?



Das Siegel Mohammeds ist das neue Hakenkreuz

Was aber gar nicht geht, ist mit dem Hakenkreuz des Islam, dem „Siegel Mohammeds“ umherzulaufen. Natürlich heulen jetzt Islamverstehrer auf und behaupten: „Das Siegel gibt es doch schon viel länger als den IS“. Richtig, Mohammed hat „das Siegel“ schon benutzt und unter diesem Nicht-Muslimen den Kopf abgeschnitten, Frauen und Kinder versklaven und vergewaltigen, seine Gegner massenweise foltern und letztendlich auf alle erdenkliche Arten töten lassen. Gerade deshalb gefällt das Siegel dem IS ja auch so gut und wird auf alle möglichen Anhöhen und Gebäude gerammt, die der Islamische Staat erobert. Bedeutung des Siegels: Allahs Prophet ist Mohammed.



Nicht umsonst trägt Pierre Vogel und seine Anhängerschaft gerne Kleidungsstücke mit „dem Siegel“ und es verwundert auch nicht, dass das Zeigen der Flagge mit „dem Siegel“ aus diesen und anderen Gründen in Deutschland seit September 2014 verboten ist.



Zwar ist das alleinige Tragen des Siegels vom Verbot ausdrücklich ausgenommen, allerdings muss sich der Träger des Siegels mindestens die Frage gefallen lassen, ob er damit, angesichts des Terrors der damit in Verbindung steht, nicht das falsche Signal setzt. Oder anders gefragt: Meinen solche Leute tatsächlich, man ließe sich täuschen, welche Geisteshaltung man mit dem Tragen solcher „Schmuckstücke“ zum Ausdruck bringen möchte?!

Das wäre in etwa so, als ob man das Hakenkreuz aus der ansonsten roten Nazi-Flagge entfernen und sich als Schmuckstück um den Hals hängen würde. Edle Motive – man verstünde das Hakenkreuz als ehemaliges Sanskrit-Symbol für

Glück und Wohlstand – würde einem zu Recht wohl auch niemand glauben. Wobei der Vergleich natürlich hinkt, im Gegensatz zum Hakenkreuz war die Symbolik des Siegels Mohammeds zu keiner Zeit in irgendeiner Weise positiv besetzt. Vorausgesetzt natürlich, man gehört zu denen, die Mohammed nicht, wie nach islamischer Lesart, „als edelsten Menschen“ sehen, „der jemals auf dieser Erde gewandelt ist“.

Aber der deutsche Staat denkt beim Anblick von Muslimen, die solche Symbolik im Schaufenster ausstellen oder um den Hals tragen, immer noch an den Ausdruck eines friedliebenden Islams. Wer das glaubt, begibt sich auf die Stufe von Kleinstkindern. Die glauben nämlich auch noch an den Osterhasen, und der wird auch mit runden Dingen in Verbindung gebracht.

Unten ist der Juwelier Altintac aus Ludwigsburg in der Myliusstraße 9, nahe des Bahnhofes zu sehen. Wer sich eins der edlen Schmuckstücke sichern will, kann das unter folgender Nummer tun: Tel.: 07141/9568586.



**Necla Kelek: Kopftuchurteil
ein Schlag ins Gesicht aller
muslimischen Mädchen**



Das deutsche Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe hat entschieden, dass das Grundrecht auf Glaubensfreiheit es auch Lehrerinnen in öffentlichen Schulen grundsätzlich erlaubt, aus religiösen Gründen ein Kopftuch zu tragen; Verbote dürften nur in konkret zu prüfenden Einzelfällen ausgesprochen werden. Mit seinem Beschluss hat das Gericht in die Debatte darüber, welcher Islam zu Deutschland gehört, eingegriffen. Und es hat, wie Regina Mönch in der «FAZ» schreibt, die Debatte «ausgerechnet in jenen Teil des öffentlichen Raumes verlegt, in dem gerade nicht offen und fair und folgenlos darüber gestritten werden kann: in die Schulen».

Auch Alice Schwarzer in der «Emma» oder Andrea Seibel in der «Welt» empören sich darüber, auf diese Weise ein «Symbol der Unfreiheit» zu legitimieren. Manche männliche Kommentatoren wie Heribert Prantl («Süddeutsche Zeitung») sehen es hingegen ähnlich wie Ali Kizilkaya, Vorsitzender des konservativen deutschen Islamrats, der sagte: «Eine kopftuchtragende Lehrerin ist ein positives Rollenmodell für muslimische Mädchen.» Prantl schreibt: «Wenn eine muslimische Lehrerin, die für diesen Staat und seine Grundordnung einsteht, ein Kopftuch trägt – dann ist das eine gute Botschaft.» Vertreter der Linkspartei begrüßen den Richterspruch ebenso wie die Alternative für Deutschland (AfD) als «klug», während die Sozialdemokraten sich über dessen Einschätzung streiten und die CDU ihn kritisiert.

Für mich ist dieser Entscheid ein Schlag ins Gesicht aller muslimischen Mädchen, die ein selbstbestimmtes Leben führen wollen... (Fortsetzung in der NZZ!)

Islam ist kein Opfer, sondern wird privilegiert!



Mit wachsender Geschwindigkeit besetzen der Islam und muslimische Funktionsträger symbolische und materielle Positionen im öffentlichen Raum. Der Moscheebau, der oft gegen den Widerstand der Anwohner durchgesetzt wird, oder jüngst das Kopftuchurteil des Verfassungsgerichts sind zwei herausragende Beispiele. Was unter Schlagworten wie Antidiskriminierung, Teilhabe oder Gleichberechtigung stattfindet, ist in Wahrheit die Privilegierung einer Religion und eines Milieus. Denn erstens ist der Nutzen einseitig, und zweitens werden muslimischen Zuwanderern vom Staat Sonderrechte konzidiert. Sogar der Ruf „Juden ins Gas“, der im vergangenen Jahr auf antiisraelischen Demonstrationen zu hören war, löste nur dezente Reaktionen aus... (Fortsetzung in der JF!)



Türkische Schulbücher verfälschen Genozid an den Armeniern



Die türkischen Schulbücher vermitteln bis heute den Schülern die offizielle Position des Staats, dass 1915 die Türken Opfer der Armenier gewesen wären. So hätten Armenier in Anatolien Türken massakriert, und dennoch wären viele Armenier durch Türken vor ihren eigenen Landsleuten geschützt worden. Im aktuellen Geschichtsbuch für die Klasse 10 heißt es auf

Seite 212: „Mit dem Umsiedlungsgesetz wurden nur jene Armenier aus dem Kriegsgebiet entfernt und in die sicheren Regionen des Landes gebracht, die sich an den Aufständen beteiligt hatten. Diese Vorgehensweise hat auch das Leben der übrigen armenischen Bevölkerung gerettet, denn die armenischen Banden haben jene ihrer Landsleute, die sich an den Terrorakten und Aufständen nicht beteiligt hatten, umgebracht.“

An Zynismus nicht zu überbieten ist eine weitere Passage, ebenfalls auf Seite 212: „Um die Bedürfnisse der umgesiedelten Armenier unterwegs zu stillen, wurden eigens Beamte beauftragt. Damit auf dem Weg zum Zielort und am Zielort selbst niemand die Umsiedler tätlich angreift, wurden geeignete Maßnahmen ergriffen. Angreifer wurden umgehend

festgesetzt und dem Kriegsgericht zugeführt. Man achtete darauf, dass der Boden an den Zielorten fruchtbar war und es an Wasser nicht mangelte. Um die Sicherheit von Leib und Leben zu gewährleisten, wurden dort Polizeistationen gegründet.“ Der „fruchtbare Boden“ war die wasserlose syrische Wüste.

(Der komplette Artikel kann in der FAZ nachgelesen werden)

Auch in Deutschland versucht die Türkei mittels ihrer imperialistischen und nationalistischen Organisationen wie der „Türkischen Gemeinde Deutschland“ oder der „Ditib“ ihr verfälschtes Geschichtsbild durchzusetzen. Der ehemalige Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Kenan Kolat, versuchte 2009 die Thematisierung des Völkermords in den brandenburgischen Lehrbüchern zu verhindern. Die Kolonisationsbehörde für Deutschland Ditib organisiert aktuell einen Vortrag in Bad Dürkheim, auf dem der Völkermord relativiert werden soll (PI berichtete hier).

Informationen zum Genozid unter anderem an den Armeniern im osmanischen Reich gibt es z.B. bei der Arbeitsgruppe Anerkennung – Gegen Genozid, für Völkerverständigung e.V.



„Kindererziehung“ im Islam

Woher kommt sie eigentlich, diese Bösartigkeit und Aggression der Moslems? Sicher, der Hass auf alles Nichtmoslemische ist anerzogen, wird in Moscheen und den Elternhäusern gelehrt. Dennoch ist der Schritt zur körperlichen Gewalt gegenüber anderen immer noch ein großer. Nicht aber, wenn man selbst

schon von klein auf sinnlose Gewalt nur um der Gewalt Willen erfahren hat. Im Video sieht man einen Ausschnitt aus dem Schulalltag von Grundschulern im Irak. So erzeugt man nicht nur kranke Kinderseelen, sondern in Folge schwer gestörte, asoziale, empathielose bis psychopathische Erwachsene, die ihrerseits weitergeben, was sie erlebt haben. (lsg)

Chemnitz: Bewährung für Rädelsführer Ausschreitungen im Asylantenheim



Im September 2013 kam es zu schweren Ausschreitungen in der Unterkunft für Asylforderer in Chemnitz. 30 bis 50 Nordafrikaner und Tschetschenen lieferten sich eine blutige Schlacht. Mit Brechstangen, Knüppeln und Stichwaffen gingen die rabiaten, angeblich vor Gewalt und Krieg Geflohenen aufeinander los, auch Molotow-Cocktails kamen zum Einsatz. Ein Großaufgebot von rund 100 Polizisten war nötig, um wieder Ordnung herzustellen

(PI berichtete). Über 30.000 Euro Schaden und mehr als 20 teils schwerverletzte Personen waren die Bilanz. Nun ging die Angelegenheit vor Gericht. Mindestens 22 Verhandlungstage sollten für den Prozess anberaumt werden.

(Von L.S.Gabriel)

Khalid I., der vermutliche Anführer der Gewaltorgie, beklagte im Prozess dreist, dass es „keine Ordnung“ im Heim gegeben hätte. Und Schuld sei natürlich die schlechte Wohnqualität bei rund 700 Personen in der Anlage.

Da sich die Beweisführung wohl schwierig gestalten würde, weil viele Zeugen für das Gericht nicht mehr greifbar sind – sie haben Deutschland bereits wieder verlassen -, drohte ein Mammut-Prozess. Darauf hatten offenbar weder der Staatsanwalt noch die Verteidigung Lust und so einigte man sich darauf, dass Khalid I., der Haupttäter, mit 18 Monaten Haft, die zu zwei Jahren auf Bewährung ausgesetzt wurden, davon kommt.

Auf den Kosten für Sach- und Personenschäden bleiben wieder einmal die Steuerzahler sitzen. Und weil den angeblich Traumatisierten dieser Welt in der Bunten Republik Deutschland ohnehin keinerlei Konsequenzen drohen, setzt sich der Krieg der Illegalen im ganzen Land fort.

Im Dresdener Gustavheim gab es vergangenen Freitag mehrere Verletzte, die, vermutlich nach einer Messerstecherei, ebenfalls im Krankenhaus behandelt werden mussten.

Man fragt sich, warum diese Personen nicht einfach in ihren Kriegsgebieten bleiben. Dort könnten sie ihrer Gewalttätigkeit frönen, ganz ohne von den „rassistischen“ Gesetzen gegen Mord und Totschlag unserer bisher zivilisierten Welt behelligt zu werden und gleichzeitig blieben uns Probleme erspart, die wir davor in dieser Art nicht kannten.



Frankreich: FN unter Marine Le Pen bei Départementswahlen weiter im Aufwind

☒ Der Wind dreht sich in Europa, überall erteilen immer mehr Wähler den sozialistischen Tagträumern und Schuldenmachern eine Abfuhr. Ganz klare Erfolge verzeichnen dürfen hingegen national-konservative Parteien, so wie gestern der Front National (FN) unter Parteichefin Marine Le Pen (Foto) bei den Départementswahlen in unserem Nachbarland Frankreich. Dort, wo sich der FN für die zweite Wahlrunde qualifiziert hatte, kam die Partei auf einen Stimmenanteil von 40 Prozent.

(Von Hinnerk Grote)

Und so sehr auch unsere Mainstreammedien (vulgo: die Lügenpresse) versuchen, diesen herausragenden Erfolg klein zu schreiben, indem sie betonen: „Rechtsextremisten bleiben ohne Mehrheit“ (Zeit), weil es dem FN nicht gelungen ist, in einem Département die Mehrheit zu erlangen: Klare Verlierer dieser Wahl, die in Deutschland vergleichbar wäre mit den Wahlen für die Landkreise, sind die Sozialisten, die Parti socialiste (PS) von Staatschef François Hollande. Ohne die starken Zugewinne des FN schmälern zu wollen: Gewinner der Wahlen ist das bürgerliche Bündnis von UMP unter Ex-Präsident Nicolas Sarkozy und UDI.

Die „FAZ“ schreibt hierzu:

Die regierenden Sozialisten sind bei den Départementswahlen am Sonntag von den Wählern abgestraft worden. Die Regierungspartei musste eine schwere Wahlschlappe einstecken – die dritte in Folge nach den Niederlagen bei den Kommunal- und den Europawahlen im vergangenen Jahr. Die bürgerliche Rechte unter Führung des UMP-Vorsitzenden Nicolas Sarkozy kann hingegen triumphieren. 65 bis 70 der insgesamt 101 Départements werden künftig von der UMP und ihrem Bündnispartner UDI geführt. Bislang stand die bürgerliche Rechte 41 Départements vor.

Aber auch Marine Le Pen hat allen Grund zum Jubeln. In den Wahlkreisen, in denen sich der Front National (FN) für die zweite Wahlrunde qualifiziert hatte, kam die Partei auf einen Stimmenanteil von 40 Prozent. Dennoch konnte der FN trotz des Rekordergebnisses keine Mehrheit in einem Département gewinnen. Marine Le Pen fehlen die Bündnispartner, um an die Macht zu gelangen. Doch der Marsch durch die Institutionen hat begonnen.

Zum ersten Mal wird der FN über ein weitgestrecktes Netzwerk von Départementsratsmitgliedern im ganzen Land verfügen. Bislang hatte die Partei nur ein Ratsmitglied. Marine Le Pen sprach am Wahlabend vom „Fundament für die großen Siege von morgen“. „Wir haben einen wunderbaren Erfolg erzielt“, sagte sie. Sie hielt den etablierten Parteien vor, einen Pakt geschlossen zu haben, um den FN von der Macht fern zu halten.

Noch scheint es den etablierten Parteien zu gelingen, sich den Machterhalt durch geschickte Bündnispolitik zu sichern. Doch ein weiteres Erstarren der national-konservativen Bewegungen ist in ganz Europa zu verzeichnen. Und es ist nicht aufzuhalten. Denn die Menschen in Europa wollen sich zwar gern als Europäer fühlen, jedoch nicht unter dem Joch einer demokratisch nicht legitimierten Administration, die ständig

eigene Gesetze bricht und Milliarden von Steuergeldern verschleudert für die „Rettung“ eines von Anfang an auf Lug und Trug basierenden Währungssystems. Und noch weniger wollen die Europäer, wie der grandiose Zugewinn des FN in Frankreich zeigt, eine Flutung ihrer Heimat mit Zuwanderern aus aller Herren Länder, vornehmlich aus dem islamischen (Un-)Kulturkreis. Sie wollen, dass der Staat wieder seinen eigentlichen Kernaufgaben, nämlich der Gewährleistung der inneren und äußeren Sicherheit, gerecht wird. Und sie wollen in einem Europa der Vaterländer, mit eigener Tradition und eigener Kultur leben.

Nur in Deutschland scheint man die Zeichen der Zeit nicht zu erkennen, setzt doch die Führung der einzig nennenswerten „konservativen“ Partei hierzulande, die der AfD, weiterhin auf mehr, wenn auch geregelte Zuwanderung, kuschelt vor dem Islam – und wird damit für viele bald schon keine Alternative mehr sein. Ein Umdenken wäre hier dringend erforderlich. Von Geert Wilders und von Marine Le Pen lernen heißt siegen lernen. Dann wird es auch hier bald für den „Marsch durch die Institutionen“ und für zweistellige Wahlergebnisse reichen.

Todesursache noch unklar – weitere Zeugin des NSU- Untersuchungsausschusses „verstorben“

☒ Das unheimliche Zeugensterben in der sogenannten „NSU-Affäre“ geht weiter. Am Samstagabend wurde die frühere Freundin des Florian H., der im Herbst 2013 in einem Wagen in

Stuttgart verbrannt war, in ihrer Wohnung mit einem Krampfanfall vorgefunden und ist dann verstorben. Florian H. soll gewusst haben, wer die Polizistin Michèle Kiesewetter 2007 in Heilbronn (Foto) getötet hat.

Die Welt berichtet:

Eine Zeugin im NSU-Untersuchungsausschuss des Stuttgarter Landtags ist am Samstag aus noch bislang ungeklärter Ursache gestorben. Der Lebensgefährte habe die 20 Jahre alte Frau am Abend in ihrer Wohnung mit einem Krampfanfall gefunden, teilten Polizei und Staatsanwaltschaft in Karlsruhe am Sonntag mit.

Die Ärzte konnte das Leben der jungen Frau nicht mehr retten. Für den Sonntagabend war eine Obduktion der Leiche geplant. Bei der Toten handelt es sich um eine Ex-Freundin von Florian H., einem ehemaligen Neonazi, der im Herbst 2013 in einem Wagen in Stuttgart verbrannt war. Florian H. soll gewusst haben, wer die Polizistin Michèle Kiesewetter 2007 in Heilbronn getötet hat.

Die 20-Jährige hatte im NSU-Ausschuss in nicht-öffentlicher Sitzung ausgesagt, weil sie erklärt hatte, sie fühle sich bedroht. Ein Sprecher der Polizei Karlsruhe sagte am Sonntagabend, dass es bislang keine Anhaltspunkte für ein Fremdverschulden am Tod der Frau gebe. Wegen des brisanten Hintergrundes würden die Ermittlungen aber mit Nachdruck betrieben. [...]

In den vergangenen Ausschusssitzungen hatten sich die Abgeordneten mit Florian H. beschäftigt, dessen Tod die Polizei für einen Suizid hält. Die Familie glaubt aber nicht daran, dass Florian sich selbst getötet hat. Die Polizei steht in dem Fall unter Druck, weil sie hier schlampig ermittelt und auch Gegenstände in dem ausgebrannten Wagen übersehen haben soll.

Nun kann man das natürlich für einen Zufall halten. Jedoch kann man sich auch die Frage stellen, ob es nicht doch Leute gibt, die an der Aufklärung der als „Dönermorde“ bekannt gewordenen Mordserie keinerlei Interesse haben. Und ob die Wahrheit, die vielleicht ans Licht kommen könnte, dieses Staats(un)wesen möglicherweise in seinen Grundfesten erschüttern könnte. Bloße Verstrickungen der Nachrichtendienste und bewusste Schlampereien bei den Ermittlungen dürften dafür wohl nicht ausreichend sein. (hg)

Volker Beck klagt mal wieder



Volker Beck,

innenpolitischer Sprecher der grünen Bundestagsfraktion und hauptsächlich bekannt als Kämpfer für die Entkriminalisierung der Pädosexualität, belästigt die deutsche Justiz einmal mehr mit seinem Kinderkram (nein, diesmal ein anderer). Nachdem schon Akif Pirincci in den Genuss der Beckschen Klagelust kam, stellte der mutige Kämpfer gegen Rechts im Januar Strafanzeige gegen die Dresdner Polizei im Rahmen des Mordes an dem Eritreer Khaled B., weil ihm nicht gefiel, dass die Polizei nicht sofort und ausschließlich in Richtung rassistischem Tatmotiv ermittelte. Dies war ein kräftiger Schuss in den Ofen

für Beck. Die Polizei ermittelte nämlich sehr wohl den Täter und dies sogar relativ zügig. Nur passte der nicht in das kleine, äußerst fragwürdige Weltbild von Volker Beck.

(Von Buntlandinsasse)

Anstatt des erhofften Fritz Müller, war der Täter ebenfalls eine Fachkraft aus Eritrea. Der Bund Deutscher Kriminalbeamter ließ seinerseits eine Klage gegen Beck prüfen, wegen des Verdachts der falschen Verdächtigung, der üblen Nachrede und der Beleidigung.

Nun hat er sich ein neues Opfer gesucht. Der Empfänger seiner neuesten Klage heißt Lars Winter, CDU-Mitglied und Mitarbeiter im Arbeitskreis – NSU, eine Gruppe die sich um den Blogger Fatalist gebildet hat, der seit Mai letzten Jahres die Originalermittlungsakten der NSU-Farce veröffentlicht. Wer den Blog noch nicht kennt, dem sei er hiermit wärmstens ans Herz gelegt, leisten die Leute dort doch hervorragende Arbeit in der Bloßstellung dieser Inszenierung.

Der Gegenstand der Anzeige ist aber ein anderer. Lars Winter hatte in seinem Twitter-Account ein eindeutig satirisches, verändertes Wahlplakat der Grünen gepostet, auf dem Volker Beck zu sehen ist. Statt des Originalspruchs „Ich will's Gleich Gerecht“ ist auf dem Plakat der Slogan „Der Onkel hat Bonbons für Euch – Volker Beck, Tagesmutter“ zu lesen.

Der scheinbar nicht kritikfähige und humorlose Politiker reagierte darauf mit einer Strafanzeige gegen Winter, wegen Beleidigung und übler Nachrede (§185 und §186 StGB). Der Ausgang dieser Klage dürfte interessant werden. Auch ohne Jurist zu sein wage ich zu behaupten, dass Beck auch diesmal schlechte Karten haben dürfte. Das Bild ist im Internet weit verbreitet und wurde auch von Winter eindeutig als Satire gekennzeichnet. Spätestens seit Charlie Hebdo haben sich ja auch alle unsere Politiker bemüht uns mitzuteilen, dass Satire alles darf und keine Rücksicht auf Befindlichkeiten nehmen

muss.

Ironischerweise hatte sich auch Volker Beck nach den Anschlägen in Paris als großer Freund der Satire in Szene gesetzt, seine Facebookseite zierte lange Zeit das „Je suis Charlie“ Banner. Wenn er derjenige ist der durch den Kakao gezogen wird, ist es mit der Solidarität offenbar aber schnell vorbei. Beck offenbart hier das typische grüne Weltbild, dass Meinungsfreiheit nur geduldet wird, solange es die eigene Meinung ist. Lassen sie sich eines gesagt sein Herr Beck. Auch für Kinderfreunde gilt: Satire darf alles, nur nicht sterben!



Hans Heckel: Sag nie wieder »Gutmensch«!



In den 90er Jahren haben wichtige Leute und ihre weniger wichtigen Hinterherläufer alles daran gesetzt, die Debatte über grassierenden Asylbetrug zu ersticken, die

Deutschland damals ziemlich heftig durchgeschüttelt hat. Sie wollten, dass so viele Ausländer wie möglich ins Land kamen, daher musste das Gerede über den Betrug beendet werden.

Um das zu erreichen, erklärten sie das Wort „Asylbetrüger“ zum bösen Hetzbegriff von finsternen Ausländerhassern. Wer es zu benutzen wagte, war demnach als schlechter Mensch gekennzeichnet. Viele trauten sich da nicht mehr, über Asylbetrug und -betrüger zu sprechen. Die Aktion war ein Erfolg.

Ende vergangenen Jahres versuchten sie, den Erfolg mit der Vokabel „Lügenpresse“ zu wiederholen. Ein Komitee brandmarkte den Begriff als „Unwort des Jahres“. Das ging leider ziemlich in die Hose. Durch die versuchte Brandmarkung hat der Vorwurf „Lügenpresse“ nämlich erst richtig Flügel bekommen und ist seitdem nicht mehr totzukriegen.

Trotzdem kann man es ja noch mal versuchen, dachte sich ein Journalist, und blies in einer großen Tageszeitung zum Sturm auf das Spottwort „Gutmensch“. Das liegt der linken Hälfte des politischen Spektrums schon seit Jahren wie Blei im Magen.

Um das ärgerliche Etikett ein für alle Mal loszuwerden, fährt der Schreiber gleich das ganz fette Geschütz auf und zetert: „Gutmensch sagen eigentlich nur noch Nazis und Idioten ohne sprachliches Feingefühl. Und manchmal – immer noch – Leute, die eine Klammer auf der Nase haben und von dem üblen Geruch nichts mitbekommen.“

Donnerwetter! „Nazi“, „Idiot“, „übler Geruch“ – da ist aber einer sauer! Nach langatmigen, ziemlich nichtssagenden Erörterungen über die Herkunft des geächteten Wortes und seine Verwendung in der Vergangenheit kommt er zum Schluss zu dem hammerharten Urteil: „Es ist völlig egal, ob die Nazis von früher das Wort erfunden haben. Entscheidend ist, dass die Nazis von heute sich den Begriff angeeignet haben.“ Klatsch!

Was bezeichnet „Gutmensch“ überhaupt? Ungeschickterweise bringt der Autor eine recht gute Erklärung von Harald Martenstein, der geschrieben habe: „Der Gutmensch glaubt, dass er, im Kampf für das, was er für das ‚Gute‘ hält, von jeder zwischenmenschlichen Rücksicht und zivilisatorischen Regel entpflichtet ist.“

Mit anderen Worten: Der „Gutmensch“ ist einer, der Andersdenkende oder Leute, die anders reden als er, als „Nazis“, „Idioten“ oder Verbreiter „übler Gerüche“ diffamiert, weil er sich einbildet, für das Gute zu kämpfen und daher alles zu dürfen.

(Den kompletten Artikel von Hans Heckel gibts in der „Preußischen Allgemeinen“ / Der Messer-Mann oben ist der im Text erwähnte Journalist, WELT-Redakteur Matthias Heine)

Torsten Albig erklärt uns die Flüchtlingspolitik



Die Zahl der Klugschwätzer ist ja wahrhaftig nicht klein in unserer

Republik und unsere Probleme mit „Flüchtlings“ sind es nicht minder. Wie gut, dass deshalb jetzt endlich Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Torsten Albig (SPD, kl.Foto) aktiv geworden ist und denen Hilfe zugesagt hat, die der „Flüchtlingspolitik“ unserer Eliten immer noch etwas ratlos gegenüberstehen.

(Von rotgold)

Hier sind seine umwerfenden Erkenntnisse und Ratschläge, die er dem staunenden Publikum in der ZEIT präsentiert:

1. Er plädiert für „kluge Maßnahmen“.
2. Er fordert eine „bessere Integration“ der Flüchtlinge.
3. Er „warnt vor Flüchtlingsghettos“ wie in Jordanien.
4. „Wir müssen möglichst schnell genügend Wohnraum in der Mitte der Gemeinden bereitstellen.“

Für den heutigen SPD-Wähler ist das mehr als ausreichend und der Sozenmichel wird verlegen „Ach so!“ sagen und auf weitere Anweisungen warten. Diejenigen, die das unter Umständen noch nicht als ausreichend erachten, müssen aber nicht traurig sein, denn, so Torsten Albig: Den verunsicherten Bürgern müsse erklärt werden, „wer diese Menschen sind und warum sie fliehen“.

Dieses Angebot lassen wir uns nicht entgehen. Wer also unter den PI-Lesern noch Fragen hat, sei es zu „Ankerkindern“ oder zum Dublin-Abkommen, zu Urlaub oder Bürgerkrieg in Tunesien usw., der mag sie hier bitte im Kommentarbereich posten oder / und an den MP Albig schicken. Antworten, wenn sie denn kommen, werden wir gerne auf PI veröffentlichen.

Kontakt:

Leiter des Büros des Ministerpräsidenten:
Raju Sharma

Düsternbrooker Weg 104, 24105 Kiel

Tel.: 0431 988-1903

Fax: 0431 988-1960

E-Mail: james-herbert.lundszien@stk.landsh.de

Bruchsal: Gemeinderat stimmt mehrheitlich für sunnitischen Islamunterricht an Grundschule



Ab dem Schuljahr 2015/2016 soll an der Bruchsaler Stirum-Grundschule auch Islam-Unterricht gegeben werden. Das beschloss der Gemeinderat mit breiter Mehrheit. Damit soll die Integration muslimischer Schüler verbessert werden. Das neue Fach "Islamisch-Sunnitische Religionslehre" wird im Zuge der Ausweitung des wissenschaftlich begleitenden Modellprojekts "Islamischer Religionsunterricht an öffentlichen Schulen in Baden-Württemberg" eingeführt.

Oberbürgermeisterin Cornelia Petzold-Schick (kl. Foto) bezeichnete die Maßnahme als einen „Baustein auf dem Weg zur Integration“, warnte aber gleichzeitig davor, sich eine „Wunderwaffe“ davon zu versprechen. Für die CDU-Fraktion unterstützte Prof. Dr. Werner Schnatterbeck das Vorhaben: „Wir helfen damit zugewanderten Menschen in ihrem Bemühen, sich in ihre neue Heimat einzufinden.“ Anja Krug (SPD) sagte in Anlehnung an die Worte von Altbundespräsident Christian Wulff, der Islam sei bereits ein Teil der Stirumschule. (*Integration durch Herstellen der „heimatlichen Unkultur“? Das funktioniert wohl eher nicht. Die nächste Klassenfahrt geht wahrscheinlich dann nach Mekka und die Abi-Reise in einigen Jahren ins nächstgelegene Dschihadistenkamp.*)

Kontakt:

OB Cornelia Petzold-Schick

Tel.: 07251/79-210

Fax: 07251/79-514

Email: info@bruchsal.de

(Hinweis an unsere Leser: Wir bitten Sie bei Schreiben an die Kontaktadresse, trotz aller Kontroversen in der Sache um eine höfliche und sachlich faire Ausdrucksweise)